



Sitzung vom
16. April 2019

Mitgeteilt den
18. April 2019

Protokoll Nr.
275

Anfrage Tomaschett (Breil)

betreffend höchster Stellenzuwachs im Kanton Graubünden

Antwort der Regierung

Interkantonale Vergleiche sind mit besonderen Vorbehalten aufzunehmen. Darauf hat die Regierung bereits in ihrer Antwort vom 7. März 2014 zur Anfrage Nick betreffend Staatsausgaben hingewiesen. Für den durch die "Schweiz am Wochenende" vorgenommenen Vergleich der kantonalen Stellenentwicklung wären unter anderem die unterschiedliche Aufgabenzuteilung Kanton und Gemeinden, die vorgenommenen Aufgabenauslagerungen wie auch Verschiebungen zum Kanton zu berücksichtigen. Die Personalentwicklung auf Stufe Kanton verläuft je nach Aufgabenzuteilung sehr unterschiedlich. In Graubünden werden diverse Aufgaben mit dynamischer Stellenentwicklung (Asyl, Sicherheit, Kindes- und Erwachsenenschutz, Soziale Sicherheit) auf Stufe Kanton wahrgenommen.

Zu Frage 1: Die "Schweiz am Wochenende" hat die im Landesbericht 2008 und in der Budgetbotschaft 2018 publizierten Daten verwendet. Das Departement für Finanzen und Gemeinden (DFG) hat die Redaktion darauf hingewiesen, dass die beiden Zahlen aufgrund von Systembrüchen nicht vergleichbar sind. Im Besonderen wurde auf den Wechsel der Zählweise im Zuge der Überführung der Aushilfen im Stellenplan im 2015 verwiesen.

Zu Frage 2: Das in der "Schweiz am Wochenende" ausgewiesene Stellenwachstum von 44 Prozent ist ohne jegliche Aussagekraft. Die im 2008 ausgewiesenen 2168 Vollzeitäquivalente (FTE) enthalten nur die im Stellenplan geführten Mitarbeitenden. Im 2015 und 2016 erfolgte eine Integration der Aushilfen und Lehrlinge in den Stellenplan. Die Anzahl Stellen stieg um 544 FTE ohne Erhöhung des Personalaufwandes. Der Personalaufwand (in Mio. Franken) entwickelte sich seit 2008 wie folgt:

2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	08-18	08-18 in %
318	325	333	343	345	349	356	359	363	376	381	63	19,8%

Zu Frage 3: Die Stellenschaffungen werden in der Botschaft zum Budget jeweils transparent ausgewiesen. Kumuliert betrachtet erfolgten mit den Budgets 2009-2018 folgende Stellenbewilligungen in Verwaltungseinheiten (VE) mit einem Zuwachs von mehr als 10 FTE:

Verwaltungseinheit	FTE	Wesentliche Begründungen
Kantonspolizei	68,4	Polizeibericht 2010, Übernahme Gemeindepolizeiaufgaben, Polycor, Schwerverkehrszentrum Mesolcina etc.
Amt für Migration	55,4	Entwicklung Asyl + Integration, Biometrische Ausweise

Regionalgerichte	55,3	Kantonalisierung Bezirksgerichte
KESB	40,5	Umsetzung Kindes- und Erwachsenenschutzrecht
Steuerverwaltung	32,2	Übertragung Quellensteuerveranlagung, Scan-Center etc.
Gesundheitsamt	17,5	Übernahme ZEPRA sowie Sanitätsnotrufzentrale (SNZ 144)
Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit	14,4	Veterinärgesetz, Vollzug Aufgaben des Kantons Glarus
Amt für Informatik	12,6	Informatik-Strategie- und Sicherheit, Verstärkung des zentralen Supports (teilweise Inhousing), Betrieb Systeme etc.
Staatsanwaltschaft	12,5	Umsetzung Justizreform
Amt für Kultur	11,2	Entwicklungsschwerpunkte, Bündner Kunstmuseum
Sozialamt	10,6	Sozialarbeiterstellen, Flüchtlingswesen

Bei Nichtbesetzung im Jahr der Stellenbewilligung kann aufgrund der Franken-Steuerung in Folgejahren eine erneute Stellenschaffung bzw. Doppelzählung erfolgen. Die Tabelle überzeichnet das effektive FTE-Wachstum. Nicht ersichtlich wird auch die Aufhebung von Stellen.

Zu Frage 4: Vom Stellenwachstum haben auch die Regionen stark profitiert. Stellenschaffungen erfolgten sowohl in Chur wie auch in den Regionen. Die KESB, Aufgaben im Bereich Sicherheit wie die Schwerverkehrszentren und die Asylzentren sind Beispiele in Regionen geschaffener Stellen. Ab 2019 führt die Justizvollzugsanstalt Cazis Tignez verbunden mit einer Verlagerung zu einem starken Aufbau von Stellen in der Region Viamala. Ergänzende Angaben sind der Antwort der Regierung zur Anfrage Casutt-Derungs betreffend zentraler und dezentraler Stellenentwicklung der kantonalen Verwaltung vom 16. August 2016 zu entnehmen.

Zu Frage 5: Die Steuerung des Personalaufwandes erfolgt anhand des finanzpolitischen Richtwerts. Die Lohnsummenerhöhung wird dem Grossen Rat jeweils mit der Botschaft zum Budget unterbreitet. Das Wachstum der richtwertrelevanten Lohnsumme ist auf 1 Prozent pro Jahr begrenzt. Diese übergeordnete Steuerung hat sich bewährt.

Zur Frage 6: Seit der Kenntnisnahme der kantonalen Immobilienstrategie durch den Grossen Rat im 2010 (Botschaft Heft Nr. 6/2009-2010) nahm die Anzahl Mitarbeitenden schrittweise zu. Diese Entwicklung hat keinen Einfluss auf die Realisierung der neun regionalen Verwaltungszentren. Die Entwicklung beeinflusst jedoch die Nutzfläche und die Dimension der Zentren. Einen weiteren Einfluss hat die Entwicklung in Richtung Teilzeitstellen. Durch diesen Trend steigt die Zahl der Mitarbeitenden schneller als die Anzahl Stellen. Um die notwendigen Arbeitsplätze sicherzustellen, wurden an einzelnen Standorten Verdichtungen im Bestand sowie Anmietungen vorgenommen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin